

Antwort auf die Wahlprüfsteine des Landesfrauenrates, Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin

EIGENTUMSLÜCKE: FRAUEN BESITZEN WENIGER EIGENTUM ALS MÄNNER

1) Wie steht Ihre Partei zu einem ‚Armut- und Reichtumsbericht‘ für das Land Berlin, der auch Unterschiede zwischen den Geschlechtern berücksichtigt?

Wir Grünen Berlin fordern seit langem eine solche Datenerhebung und Veröffentlichung der Ergebnisse. Die bisherigen Berichte, wie z.B. der Sozialbericht vom Statistischen Landesamt Berlin-Brandenburg, sind ein erster Schritt, umfassen aber nicht die Tiefe der Analyse, die wir uns als Grundlage für sinnvolles politisches Handeln wünschen würden.

Wir wollen im Rahmen eines ernsthaften Gender Budgeting Programms für Berlin die Datenerhebung und im zweiten Schritt die Anpassung von politischen Vorgaben, Programmen und Maßnahmen betreiben, die den gleichmäßigen Zugriff von Männern und Frauen auf finanzielle und materielle Ressourcen ermöglichen. Dazu fehlt derzeit noch die notwendige Datengrundlage, und diese wollen wir schaffen.

EINKOMMENSÜCKE: FRAUEN HABEN GERINGERE EINKÜNFTE ALS MÄNNER

2) Der Gender Pay Gap beruht auch auf einer Vielfalt insbesondere für Frauen ungünstiger Strukturen und Erwerbsmuster (Mutterschutz, Elternzeit, Teilzeit wegen Familienbetreuung etc.). Welche effektiven Instrumente zur Existenzsicherung werden Sie einsetzen, um diesem Missstand abzuhelpen?

Wir Grünen planen insbesondere in alle Bereichen, in denen das Land als Arbeitgeberin, TeilhaberIn oder ZuwendungsgeberIn Einfluss nehmen kann, den Gender Pay Gap energisch zu bekämpfen und damit auch einen Anreiz für die Berliner Wirtschaft insgesamt zu setzen. Wichtigste Bausteine sind für uns dabei die konsequente Schaffung und Besetzung von Dauerstellen für weibliche Beschäftigte, die sensible Personalentwicklung innerhalb der Organisationen mit speziellem Blick auf die Karriere- und Einkommensentwicklung von Familien und Frauen, die tatsächliche Umsetzung von familienfreundlichen Arbeitsbedingungen – mit besonderer Rücksicht auf Alleinerziehende – sowie die Erhöhung des Anteils von Frauen in den höheren Gehaltskategorien und vor allem Führungspositionen mit dem Ziel, auch dort die Gleichstellung zu erreichen. Für öffentliche Aufträge und für Zuwendungsempfänger werden wir – nicht nur auf dem Papier – den Nachweis von funktionierenden Gleichstellungsmaßnahmen und familienfreundliche Strukturen zur Voraussetzung machen.

Berlin ist im Bundesvergleich zwar gut aufgestellt, aber das bedeutet derzeit leider nur, dass das Land mit nur einem blinden Auge in Sachen Gleichstellung und weiblicher Armut unter den komplett Blinden Königin ist. Das wollen wir ändern und zeigen, wie mit konsequenter Gleichstellungspolitik positiv Einfluss genommen werden kann. Dazu gehören auch Absprachen

und Reformen auf Bundesebene, auch wenn auf Landesebene bereits jetzt sinnvolle Maßnahmen getroffen werden können.

3) Am Beispiel der durch den Senat zuwendungsfinanzierten Projekte im Bereich Frauen und Gleichstellung wird deutlich, dass solche Initiativen häufig unterfinanziert und zeitlich befristet sind – mit entsprechenden Folgen für die meist weiblichen Stelleninhaberinnen. Was gedenkt Ihre Partei in dieser Hinsicht zu unternehmen?

Grundsätzlich kämpfen wir Grünen seit Jahren für die tarifgerechte Bezahlung in allen durch das Land mitfinanzierten sozialen Projekten. Besonders bei den Fraueninfrastrukturprojekten ist uns das Problem der impliziten Selbstausbeutung der TrägerInnen und Beschäftigten seit langem ein Dorn im Auge. Neben der angemessenen Bezahlung wollen wir daher auch z.B. Tarifsteigerungen und bedarfsgerechte Erweiterungen des Angebotes finanzieren.

Dauerhaft anfallende Aufgaben, die derzeit immer noch häufig durch Mittel der Europäischen Strukturfonds mitfinanziert werden, wollen wir langfristig in die komplette Landesfinanzierung übernehmen um den Projektkreislauf zu durchbrechen. Es wird immer Bereiche geben, wo Aufgaben nur temporär oder neu anfallen und über Projekte finanziert werden, wir Grünen wollen jedoch das derzeitige Übermaß der Kurzzeitfinanzierung eindämmen und verlässliche Strukturen schaffen. Nur so können für uns wichtige Ziele, wie die Gleichstellung der Geschlechter, Antidiskriminierung und die Schließung des Gender Pay Gaps mittel- und langfristig erreicht werden.

RENTENLÜCKE: FRAUEN BLEIBT OFT NUR EINE GERINGE RENTE

4) Wie steht Ihre Partei zur Rentenlücke bzw. zum Gender Pension Gap im Land Berlin und welche konkreten Schritte planen Sie zur Schließung dieser Lücke?

*Wir Grünen setzen uns auf Bundes- sowie auf Landesebene für die Schließung des Gender Pension Gaps ein. Dazu, und den anderen Gerechtigkeitsfragen Rund um unser Renten- und Pensionssystem, haben wir eigens eine Grüne Rentenkommission eingerichtet, deren Abschlussbericht samt Handlungsoptionen auch online einzusehen ist:
https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/GRUENE_Abschlussbericht_Rentenkommission.pdf*

In Kurzform zusammengefasst wollen wir

- *den Gender Pension Gap in Berlin und bundesweit minimieren und langfristig auflösen;*
- *die Benachteiligungen am Arbeitsmarkt auflösen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen (siehe auch folgende Antworten), als auch sofort greifende Verbesserungen für jetzige Penions- und Rentenempfänger*innen umsetzen;*
- *die Gleichberechtigung von Frauen und Männern über das Rentenrecht fördern, etwa über ein obligatorisches Rentensplitting, eine bessere Berücksichtigung von Pflegezeiten und eine Neuregelung der Anerkennung von Kindererziehungszeiten, die beiden Elternteilen zugutekommt. Die muss sowohl auf Landes- wie auch auf Bundesebene umgesetzt werden, aber Berlin kann dabei mit gutem Beispiel voran gehen.*

Auch wenn die Rentenlücke bei den heutigen Rentnerinnen und Rentnern nicht zwangsläufig mit einer prekären Einkommenssituation gleichzusetzen ist, bleibt die unterschiedliche Anerkennung von Kinderbetreuungszeiten vor und nach 1992 geborener Kinder ein ungelöstes Gerechtigkeitsproblem. Vor dem Hintergrund der vergleichsweise guten Versorgungssituation der heutigen Rentnerinnen konzentrieren wir uns aber auf andere Maßnahmen zum Aufbau eigenständiger Alterssicherungsansprüche und zur Vermeidung von Altersarmut.

Uns Grünen ist wichtig, dass das Rentenproblem im Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern gelöst wird und es nicht nur bei landeseigenen „Insellösungen“ bleibt.

ZEITLÜCKE: FRAUEN LEISTEN VIEL UNBEZAHLTE SORGEARBEIT UND HABEN SELTENER ZUGANG ZU VOLLZEITSTELLEN

5) Für viele Frauen ist der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Familienpause voller Hindernisse und Stolpersteine. Das ist besonders für alleinerziehende Frauen eine große Herausforderung. Was plant Ihre Partei um den beruflichen Wiedereinstieg von Müttern und die Arbeit von Frauen mit Betreuungsaufgaben in Vollzeitstellen zu fördern?

Wie in Teilen schon in den vorigen Fragen aufgezeigt wollen wir alle Bereiche, auf die das Land Einfluss nehmen kann, familienpolitisch „ertüchtigen“. Wir wollen in allen Bereichen in denen wir als Land direkt oder indirekt Einfluss nehmen können

- *die Beschäftigung von Alleinerziehenden sowie Müttern und Vätern explizit als politisches Ziel setzen und vor allem die Herausforderungen des Wiedereinstiegs in den Beruf sowohl für die Arbeitgeber*innenseite, als auch die Arbeitnehmer*innenseite flexibler gestalten. Wir wollen kein Einheitsmodell sondern eine passende Auswahl an Unterstützungsangeboten für den Berufseinstieg. Auch Führungsstellen in Teilzeit sind explizit Teil dieser Angebote;*
- *die personalverantwortlichen Personen und Stellen zu den vielfältigen Modellen und Angeboten für familienfreundliche Arbeitsstrukturen schulen. Wir wollen erreichen, dass so früh wie möglich im Rahmen der sinnvollen Personalentwicklung (möglichst schon vor Antritt der jeweiligen Mutterschutz- und Elternzeiten) zusammen mit den Beschäftigten über die berufliche Rückkehr und Entwicklung gesprochen wird. Ziel ist, die Flexibilität und Perspektiven für die jungen Familien zu verbessern;*
- *die Betreuungs- und Beratungsangebote für Familien berlinweit massiv ausbauen, gerade auch im Bereich der bislang unzulänglichen Angebote flexibler Kinderbetreuung in Randzeiten oder bei kurzfristig anfallenden Betreuungsbedarf;*
- *das Land als Arbeit- oder Zuwendungsgeberin verpflichten, genügend personelle und finanzielle Mittel vorzuhalten, um familienfreundliche Arbeitsstrukturen einzuführen oder auszubauen. Wir legen Wert auf auch sinnvolle Vertretungsregelungen auf allen Ebenen, betriebliche Kinderbetreuungsangebote (wo es umsetzbar ist), oder auch Beratungs- und Fortbildungsangebote speziell für Alleinerziehende und junge Familien;*
- *in Berlin und Bundesweit für familienfreundlichere Arbeitszeitmodelle und eine bessere Zeitpolitik kämpfen. Die Standard 40-Stunden-Woche ist nachweisbar nicht die beste, gesündeste oder auch nur effizienteste Lösung. Wir wollen in Berlin zeigen, wie Modelle wie z.B. Wahlarbeitszeit zwischen 30 bis 40 Stunden wöchentlich, Rückkehrrecht auf vollen Stellenumfang nach Teilzeitarbeit und größere Zeitsouveränität für die Beschäftigten sinnvoll umgesetzt werden können. Wir wollen zeigen, dass auch die Betriebe und das Land als Arbeitgeberin davon profitieren können.*

6) Für geflüchtete Frauen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt u.a. wegen Betreuungsverpflichtungen oft schwieriger als für Männer. Wie wollen Sie geflüchtete Frauen auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt unterstützen und damit Ihre Integration fördern?

Für uns ist klar, dass wir in Berlin die Kinderbetreuungsangebote gerade auch für geflüchtete Familien ausbauen wollen und müssen. Nur so können die notwendigen zeitlichen Freiräume geschaffen werden, um Müttern – und Vätern – die Weiterbildung, Integration und Arbeitsaufnahme zu ermöglichen. Dafür müssen Bezirke und Landesebene endlich an einem Strang ziehen. Wir Grüne halten die Beschränkung von geflüchteten Müttern als reine Kinderbetreuungskraft in einer fremden Gesellschaft und Kultur für grundlegend falsch und sehen die schnell eintretende Isolation, unabhängig von beruflicher Tätigkeit der Frauen. Das wollen wir aufbrechen und sowohl die Betreuungsangebote ausbauen sowie die Beratung und Fortbildungsangebote der Frauen, aber auch die Vernetzung vor Ort, deutlich verbessern.

7) Viele Berliner Kitas sind von steigenden Mieten betroffen und einige Einrichtungen wurden dadurch bereits aus der Innenstadt verdrängt. Was will Ihre Partei unternehmen, um

diesen Trend zu stoppen und die Eröffnung von bezahlbaren neuen Einrichtungen zu ermöglichen?

*Wir Grüne setzen dabei auf verschiedene Instrumente, von der Schaffung und dem Erhalt bezahlbarer Räume in landeseigenen Immobilien, über bindende Verträge mit Investor*innen bei Immobilien-Großprojekten bis hin zur Privilegierung von Träger*innen von Kindertagesstätten und ähnlichen Betreuungsangeboten auf Landes- und Bezirksebene bei Gesetzen und Satzungen. Die Zusammenarbeit zwischen Land und Bezirken muss dabei wieder deutlich verbessert werden, so das alle vertrauensvoll an einem Strang ziehen können. Nur so kann die weiterhin stattfindende Verdrängung aufgehalten und umgekehrt werden – denn wir brauchen für unsere wachsende Stadt mehr Betreuungsplätze als bislang, nicht weniger.*

FÜHRUNGSLÜCKE: FRAUEN SIND SELTENER IN DEN FÜHRUNGSEBENEN VON UNTERNEHMEN VERTRETEN

8) Gerade in den gut bezahlten Leitungsstellen und Führungspositionen sind nach wie vor überproportional viele Männer vertreten. Wie steht Ihre Partei zu einer Quotenregelung für weibliche Führungskräfte in Unternehmen?

Wir Grünen fordern seit Jahren eine entsprechende Quotenregelung – nicht nur in Berlin, nicht nur in landeseigenen Betrieben, sondern bundesweit. Das vorgeschobene Argument mangelnder Anzahl qualifizierter Frauen oder mangelnder Gesetzgebungskompetenz akzeptieren wir nicht. Es ist höchste Zeit, dass Gleichberechtigung auf allen Ebenen und besonders auf den Führungsebenen durchgesetzt wird. Nicht umsonst haben wir auch als Partei eine feste Frauenquote und leben vor, dass Verantwortung und Kompetenz sehr gut weiblich vertreten und umgesetzt werden können.

Berlin kann dabei sehr viel auf Landesebene verbessern und sich bundesweit für die Gleichberechtigung einsetzen. Wir sind willens, alle Instrumente und Mittel die wir auf Landesebene haben einzusetzen, um einen höheren Anteil von weiblichen Führungskräften mit Ziel der zahlenmäßigen und faktischen Gleichstellung zu erreichen.

9) Was für einen Zielwert für weibliche Führungskräfte in Berliner Unternehmen würde sich Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung für die kommende Legislaturperiode setzen?

Wenn wir als Grüne frei entscheiden können und nicht Einschränkungen durch einen oder mehrere Koalitionspartner akzeptieren müssen, ist für uns die klare Gleichberechtigung das Ziel. Unser Anspruch ist: Die Hälfte der Macht den Frauen! Im Senat, Verwaltung, landeseigenen Betrieben und allen Bereichen, auf die das Land Berlin Einfluss nehmen kann.